



Bürgerbüro Dortmund

Marco Bülow, MdB

stellv. Energiepolitischer Sprecher

der SPD-Bundestagsfraktion

Große Heimstraße 72, 44137 Dortmund

Tel: 0231 - 47 66 99 0

Fax: 0231 - 47 66 99 1

Email: marco.buelow@wk.bundestag.de

Homepage: www.marco-buelow.de

Öffnungszeiten: montags bis freitags: 9 bis 13 Uhr

montags und donnerstags: 16:30 bis 19 Uhr

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Bundesregierung macht immer mehr deutlich, wo die Reise hingeht. In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es keine paritätische Finanzierung mehr. Im Vermittlungsverfahren um Hartz-IV lehnt die Regierung weiter einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Zudem steht sie dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Zeit- und Leiharbeit ablehnend gegenüber. Ich hoffe, dass bis zur Bundesratsitzung am 11. Februar eine Lösung erfolgt, bei der die SPD auch mit gutem Gewissen zustimmen kann.

Mit meinem neuen Telegramm möchte ich einen Überblick über die politischen Geschehnisse der letzten Wochen geben.

Mit solidarischem Gruß

Marco Bülow

Diskussion über programmatische Weiterentwicklung der SPD

Auf der Jahresauftaktklausur diskutierte der Parteivorstand ein von Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles erarbeitetes Papier, das den Begriff Fortschritt weiter fassen will als die Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum. Dieses [Papier](#) soll der Aufschlag für einen Diskussionsprozess zur Standortbestimmung der SPD sein.

Klage gegen Atomlaufzeitverlängerung

Ich werde gemeinsam mit anderen Abgeordneten vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die von Union und FDP durchgesetzte Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke klagen. Der Rohriss im AKW Grafenrheinfeld, die Ablehnung der designierten Leiterin des AKW Krümmel durch die Sicherheitsbehörden aufgrund mangelnder Qualifikation, der (gescheiterte) Versuch abgebrannte Brennstäbe nach Russland zu bringen, der immer katastrophaler werdende Zustand des Atom Mülllagers Asse sowie die Auseinandersetzung um Gorleben haben noch einmal verdeutlicht, dass die Nutzung der Atomenergie eher schneller beendet als verlängert werden sollte.

Mindestlohn für Leiharbeiter/innen

Am 1. Mai 2011 wird durch die Arbeitnehmer-Freizügigkeitsregelung der Arbeitsmarkt in Deutschland für Arbeitnehmer aus allen 27 EU-Ländern geöffnet. Dieser aus europäischer Sicht wichtige Schritt beinhaltet jedoch im Bereich der Leiharbeit die große Gefahr des Lohndumpings durch billige Arbeitskräfte aus Osteuropa. Ich setze mich dafür ein, dass die Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz übernommen wird. Ein weiteres Lohndumping hätte verheerende Folgen. Bereits jetzt verdienen Leiharbeiter im Durchschnitt über 20% weniger als ihre Kollegen/innen mit einer Festanstellung und stocken teilweise ihre Einkünfte mit Mitteln des Arbeitsamts auf.

SPD fordert Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände

Spitzenjobs sind in Deutschland nach wie vor eine Männerdomäne, das verdeutlichen neueste Zahlen einmal mehr. Die Bundesregierung schafft es nicht, dieses Problem zu lösen. Die Ministerinnen von der Leyen und Schröder sind völlig zerstritten und zanken um die Zuständigkeit. Die SPD fordert, dass mindestens 40 Prozent der Sitze in Aufsichtsräten und Vorständen mit Frauen besetzt werden müssen.

Pressemitteilungen der letzten

Wochen:

- 2. Februar - [Waldschutz als politische Verantwortung ernst nehmen](#)
- 1. Februar - [Gesetzliche Frauenquote umsetzen, nicht nur androhen](#)
- 27. Januar - [Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!](#)
- 26. Januar - [Strompreiserhöhungen sind überzogen](#)
- 21. Januar - [Wir brauchen einen verlässlichen Schienenverkehr](#)
- 13. Januar - [Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche jetzt](#)
- 16. Dezember - [Bülow fordert mehr Rechte für Praktikant/innen](#)
- 10. Dezember - [Krümmel: Unfähigkeit behördlich bestätigt](#)
- 30. November - [Klare Perspektiven für Dortmund – Gewerbesteuer stärken](#)
- 26. November - [Mittelkürzungen bei der HIV- und Aids-Prävention unverantwortlich](#)

Alle Texte sind auch in gedruckter Form in meinem Bürgerbüro erhältlich

Verkehrsprojekte NRW – Winterchaos bei der DB

Ich habe mich mit verschiedenen MdBs aus NRW an einer Anfrage an die Bundesregierung beteiligt. Inhaltlich ging es um wichtige Verkehrsprojekte in NRW, wie den Bau des B1-Tunnels, den Rhein-Ruhr-Express oder den Umbau des Dortmunder Hauptbahnhofs. Die Antwort der Regierung war enttäuschend. Alle wichtigen Projekte werden entweder stark verzögert oder gar nicht realisiert, da dem Verkehrsminister Ramsauer das Geld für deren Umsetzung fehlt. Merkwürdig ist jedoch, dass im Freistaat Bayern, der Heimat des Verkehrsministers, 26 Euro pro Einwohner allein für den Straßenerhalt 2011 ausgegeben werden, in NRW dagegen nur 20 Euro. Verkehrsexperten fordern seit Jahren mehr Mittel für den Ausbau und Erhalt der Straßen- und Schienenwege in NRW. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass gerade die Dortmunder Verkehrsprojekte realisiert werden.

Um den drohenden Verfall der Deutschen Bahn entgegenzuwirken und auch bei schlechten Witterungsverhältnissen einen verlässlichen Schienenverkehr zu gewährleisten, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in einem [Antrag \(Drucksache 17/4428\)](#) dafür eingesetzt, die Dividende der Bahn von jährlich rund 500 Millionen Euro bei der Bahn zu belassen und in deren Infrastruktur zu investieren. Der Antrag wurde jedoch von den Regierungsparteien abgelehnt. Meine Pressemitteilung dazu findet man [hier](#).



Stuttgart 21 – Bürgerbeteiligung

Der Protest gegen S21 ist gerechtfertigt und hat auch deutlich gemacht, dass Großprojekte in Zukunft mehr Bürgerbeteiligung brauchen. Kurt Beck hat mit seinem Vorschlag zu mehr Transparenz einen ersten Schritt gewagt, den wir nun aufgreifen und diskutieren müssen. Nur so kann die Politik wieder mehr Glaubwürdigkeit erlangen. Mein Tacheles zu S21 findet man [hier](#).

Ausbau Erneuerbarer Energien sicherstellen

Das von der rot-grünen Bundesregierung im April 2000 eingeführte Erneuerbare

Energien Gesetz (EEG) war bisher ein voller Erfolg: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde massiv vorangebracht und es konnten bislang 340.000 Jobs im Bereich der Erneuerbaren geschaffen werden. Nicht nur, dass Deutschland Technologieführer bei den Erneuerbaren ist, das EEG wurde aufgrund seiner Effektivität auch in über 40 Ländern kopiert. Seit dem Bundestagswahlsieg von Union und FDP sehen sich aber die Gegner der Erneuerbaren gestärkt. Es sind immer mehr Angriffe auf das EEG festzustellen. So wird die Erhöhung der Strompreise allein mit der gestiegenen EEG-Umlage begründet. Deutlich gesunkene Beschaffungskosten geben die Stromversorger allerdings nicht an die Verbraucher weiter. Hierzu habe ich im Januar das [Infopapier „Strompreiserhöhungen überzogen und nur teilweise richtig begründet“](#) verfasst.

In einem [Antrag „Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa sicherstellen“ \(Drs. 17/4527\)](#) fordert die SPD-Bundestagsfraktion zudem die Bundesregierung auf, sich bei dem am 4. Februar stattfindenden EU-Energiesondergipfel dafür einzusetzen, dass die Umstellung des Energiesektors auf Basis der Erneuerbaren Energien fortgesetzt wird und das erfolgreiche EEG nicht den Harmonisierungsplänen von EU-Kommissar Oettinger (CDU) zum Opfer fällt.

Zukunftswerkstatt

Im Januar fand die erste Zukunftswerkstatt der Dortmunder-SPD statt. Rund 100 Genossen/innen wurden die Ergebnisse der letztjährigen Befragung vorgestellt. Danach diskutierte man die Themen Mitgliederbetreuung, Verhältnis Partei zur Ratsfraktion oder über den Bereich Transparenz. Ein Video zur Veranstaltung sowie die Ergebnisse der Mitgliederbefragung findet man [hier](#).

Nein zur Gesundheitspolitik der Bundesregierung

Die über 50 Millionen Mitglieder in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) müssen die Zeche für die unsoziale Gesundheitspolitik der Bundesregierung zahlen: Beitragserhöhungen um 0,6 %, Zusatzbeiträge ohne Begrenzung nach oben und ohne Sozialausgleich. Zudem sind die Beiträge der Arbeitgeber eingefroren worden. Die SPD-Fraktion hat

jetzt im Parlament gefordert, die Zusatzbeiträge zu streichen und zurück zur paritätischen Finanzierung in der GKV zu kommen. Zudem soll die Bundesregierung ein Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung vorlegen. Mehr Infos dazu findet man auf meiner Homepage mit einem Klick auf den [Banner „3-Klassen-Medizin – Nicht mit uns“](#).

Verlängerung des ISAF-Mandats

In der letzten Woche hat das Parlament das Mandat der Bundeswehr für Afghanistan erneut um ein Jahr verlängert. Dabei ist der Vorschlag von Verteidigungsminister zu Guttenberg eine Farce. So ließ er in das Mandat einbauen, dass der Abzug deutscher Truppen nur erfolge, wenn die Sicherheitslage dies erlaube und ohne dass die verbleibenden Truppen dadurch gefährdet würden. Durch diesen Beschluss verwässert Guttenberg einen möglichen Abzugstermin der deutschen Soldaten ab 2011. Zu diesen Themen hat sich auch im Dortmunder Unterbezirk der Arbeitskreis Friedenspolitik gegründet. Wer an der Mitarbeit Interesse hat, kann sich gerne in meinem Wahlkreisbüro melden.

Bundesweiter Vorlesetag

Bereits zum siebten Mal fand am 26. November 2010, der bundesweite Vorlesetag statt. Auf meine Initiative hin beteiligten sich an diesem Tag in Dortmund über 20 Vorleserinnen und Vorleser, so auch einige Prominente, wie beispielsweise die BVB-Legende Norbert Dickel. Weitere Informationen und Erfahrungsberichte von diesem Tag findet man auf meiner Homepage unter [„Lesefieber“](#).

Dortmunder Manifest

Die AWO- Dortmund hat das „Dortmunder Manifest“ ins Leben gerufen. Ziel ist das Bekenntnis einer breiten Dortmunder Öffentlichkeit, dass rechter Populismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt keinen Platz haben. Ich unterstütze diese Initiative selbstverständlich. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt. Weitere Infos unter: www.dortmunder-manifest.de.

Kreuzviertel bei Nacht

Ich habe mich am 3. 2010 an der Veranstaltung „Kreuzviertel bei Nacht“ beteiligt mit einem „Tag der offenen Tür“ in meinem Bürgerbüro und einer Lesung am Abend mit dem Künstler Peter Strege, der aus meinem Buch: Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter“ las.



Neues vom Blog

Unter blog.marco-buelow.de veröffentliche ich in regelmäßigen Abständen meine Eindrücke und Meinungen zu bestimmten politischen Bereichen. Im Folgenden möchte ich über neue Einträge auf meinem Blog informieren.

Einblicke

13. Dezember 2010: Zu den Reaktionen auf meinen Blogbeitrag "Wichtiger als Politik"

Ich möchte mich für die vielen Rückmeldungen und Reaktionen bezüglich meiner Erklärung bedanken. Es ist tröstlich, dass die allermeisten davon rücksichtsvoll und bestärkend waren.

Es ist nie zu verhindern, dass es auch andere Reaktionen gibt, die aber leider nicht direkt an mich gerichtet werden. Ich möchte nicht direkt auf einzelne Aussagen eingehen, doch ist es mir wichtig, mögliche Unklarheiten zu beseitigen und mich auch den Vorwürfen zu stellen.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

10. Dezember 2010: Wichtiger als Politik Warum ich die letzten Wochen nicht im Bundestag war und an keiner Veranstaltung teilgenommen habe.

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten erfahren, was mir wichtiger ist als mein politisches Engagement, welches mein Leben dominiert hat. Es ist meine Familie, was ich leider auf schmerzhaft Weise erfahren musste. Ich war sehr glücklich, als ich im Frühsommer erfuhr, dass meine Frau mit Zwillingen schwanger war. Unser Kinderwunsch sollte sich erfüllen. Doch von Beginn an war die Schwangerschaft problematisch und meine Frau musste meistens Bettruhe einhalten. Ab September lag sie dann nur noch im Krankenhaus, dennoch hofften wir, dass noch alles gut gehen würde. Anfang November ging dann alles sehr schnell und die Kinder mussten in einer Notoperation viel zu früh zur Welt gebracht werden.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

Tacheles

31. Januar 2011: Neodemokratie
(Text auf folgender Seite)

17. Januar 2011: Der Protest gegen Stuttgart 21 – ist gerechtfertigt und mehr als ein Warnsignal für die Politik

Endlich einmal: Investitionen in die Schiene! Wie viele Städte würden sich freuen, wenn sie Gelder für eine Bahnhofsanierung bekämen. Wie viele Menschen rufen seit Jahren, ja Jahrzehnten in unserem Land, mehr Geld in die Bahn statt in Autobahnen zu investieren. Was also treibt die Menschen gegen S21 in Stuttgart auf die Strasse und warum ist dieses Megaprojekt anders zu bewerten?

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

LeseTipp

Lesetipp November/Dezember 2010: Roberto Saviano - Gomorrha

Roberto Saviano: Gomorrha – Reise in das Reich der Camorra (dtv TB / 364 Seiten). Dieses erschütternde Dokument über die Macht der Camorra, ihre Verflechtungen, ihre Opfer ist die mutigste journalistische und schriftstellerische Leistung der europäischen Gegenwart, die ich kenne. Ein aufwühlendes Buch schaurigen Inhalts, brillant recherchiert und mit einer bildlichen Sprache ausgestattet, die jeden Leser atemlos zurücklässt.

Der diplomierte Philosoph und Journalist Roberto Saviano wurde 1979 mitten in der Hochburg der Camorra, nördlich von Neapel geboren. In den 80er-Jahren versorgte sein Vater ein Opfer der Camorra und wurde daraufhin zur Warnung zusammengeschlagen. Nach jahrelangen Recherchen veröffentlichte Saviano 2006 „Gomorrha“, das eine Mischform aus journalistischer Reportage und dokumentarischen Roman darstellt. Nachdem das Buch ein Welterfolg wurde, musste der Autor wegen der Racheankündigungen der Camorra untertauchen. Er lebt seitdem versteckt an wechselnden Orten und kann kein normales Leben mehr führen. Dennoch

wird er auch von hochrangigen Politikern, wie Silvio Berlusconi, beschimpft, die ihn als Nestbeschmutzer sehen. Hotels weigern sich, ihn zu beherbergen, Fluggesellschaften wollen ihn nicht befördern – Angst regiert nun Savianos Alltag.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

Fakten Kompakt

09. Dezember 2010: 2010 war ein extrem heißes Jahr

Nach Angaben der Weltwetterorganisation WMO stellen die Jahre 2001 bis 2010 einen neuen Hitzerekord auf. Laut WMO sind sie das wärmste je gemessene Jahrzehnt. 2010 werde aller Wahrscheinlichkeit nach eines der drei heißesten Jahre seit Beginn der Messungen im Jahr 1850. Die Durchschnittstemperatur lag bis jetzt um 0,46 Grad Celsius über dem Durchschnitt der Jahre 1961-1990.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

Gastbeiträge

26. Januar 2011: Albrecht von Lucke - An den Grenzen des Rechts

(aus: Der Freitag, 19. November 2010)

Angela Merkel untergräbt mit ihrem Regierungsstil die Demokratie. Das Parlament liest nicht mehr, was es abstimmt. Die Folgen sind verheerend – nicht nur für die Parteien Dieser Tage können wir erleben, was die frischgekürte alte und neue CDU-Vorsitzende Angela Merkel unter dem von ihr angekündigten „Durchregieren“ versteht.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

11. Januar 2011: Heribert Prantl - Unruhe als erste Bürgerpflicht - Die Herausforderungen für Staat und Gesellschaft

(aus: dradio.de, 2. Januar 2011)

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).



Tacheles: 31. Januar 2011

Neodemokratie

Lobbyisten regieren, Abgeordnete nicken ab und Merkel beschleunigt diese Entwicklung

Einflussverlust und Überforderung

Angela Merkel ist mit sich zufrieden. Nach fast einem Jahr anfänglichen Stillstands und internen Streits zeigte das Kabinett mit einem Mal tatkräftige Entschlossenheit. „Der Herbst der Entscheidungen“ hat viele Großprojekte abgeräumt. Mit großzügiger Unterstützung einiger mächtiger Lobbyisten hat die Kanzlerin ihrer Gefolgschaft einen bunten Entscheidungsstraß gebunden und in schneller Folge beschließen lassen. Dass die Mehrheit der Abgeordneten ihren Oberen fügsam folgt, ist nichts Neues. Doch sie sind durch die Vielzahl, Schnelligkeit und Komplexität der Beschlüsse zunehmend überfordert. Wer Karriere machen oder in Ruhe seiner Arbeit nachgehen will, macht dennoch mit.

Die Demokratie mag den Menschen. Mit ihrem Glauben an die Vernunft ist sie ein Vertrauensbeweis. Sie schenkt uns die Freiheit zur Selbstbestimmung. Nach Irrwegen und Rückschlägen hat sich vor allem in Europa die repräsentative Demokratie durchgesetzt. Abgeordnete vertreten die Bevölkerung in Parlamenten, welche die zentrale Rolle im politischen Entscheidungsprozess einnehmen. So ist jedenfalls die löbliche Theorie. Dem Praxistest hält sie jedoch immer weniger stand.

Auch wenn viele Menschen die Demokratie weiterhin schätzen, vertrauen sie immer weniger ihren Repräsentanten. Wahrscheinlich hatte der Bundestag noch nie die Macht, die ihm ursprünglich zubestimmt wurde, der Einflussverlust des Parlaments jedoch war noch nie so offensichtlich wie in diesen Monaten.

Wer entscheidet?

Die „Tatkraft“ der Regierung hat mehr als ein Geschmäckle. Selbst die Journalistinnen und Journalisten, die sich längst mit den elitären „Spielregeln“ der Berliner Republik arrangiert haben, stellen jetzt kritische Fragen, die das oberflächliche Politikgequatsche durchbrechen. Der Unmut in der Bevölkerung kann nicht mehr

nur mit ihrem angeblich ignoranten Desinteresse an der Politik erklärt werden. Zu offensichtlich werden wichtige Entscheidungen im Eilverfahren durchlaufen und dabei nur noch Rücksicht auf wichtige Lobbygruppen genommen. Wer oder was lenkt eigentlich mittlerweile unsere Demokratie? Welchen Einfluss haben die Abgeordneten und damit der Souverän überhaupt noch auf Entscheidungen?

Dazu sollte man sich die letzten großen Entscheidungen genauer ansehen. Zehn Jahre sorgte der rot-grüne Atomkonsens dafür, dass der zuvor lange währende gesellschaftliche Konflikt um die Nutzung der Atomenergie befriedet wurde. Die Atomkraftwerksbetreiber blieben daher seit 2000 von großen Protesten weitestgehend verschont. Die jetzt beschlossene Verlängerung der Laufzeiten stellt einen fatalen Schritt zurück in die Vergangenheit dar. Nun hat zwar jede Regierung und Parlamentsmehrheit grundsätzlich das Recht, auch solch weitreichende Beschlüsse zu treffen. Wie die Entscheidung zu Stande kam, ist aber für ein Parlament, welches demokratische Grundprinzipien achtet, beschämend.

Der Atomdeal

Es begann damit, dass sich der frischgebackene Umweltminister Norbert Röttgen den obersten Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer kurz nach der Bundestagswahl im Dezember 2009 in sein Ministerium holte und ausgerechnet zum Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit machte. Er war fortan dafür verantwortlich, die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke mit den Betreibern – also mit seinen ehemaligen Kollegen – auszuhandeln. So kam es, dass das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) beauftragt wurde, ein Gutachten zu erstellen, welches dem Atomdeal eine „wissenschaftliche“ Grundlage schaffen sollte. Pikant ist dabei, dass dieses Institut seine Existenz mit Millionenzahlungen zweier Atomkonzerne (e.on und RWE) sichert. Weder Hennenhöfer noch das Institut sahen darin ein Problem und wiesen Zweifel an ihrer Integrität und Neutralität weit von sich. Es ging noch weiter: Für die Ausarbeitung der Vereinbarung mit den Atomkraftwerksbetreibern ließ sich die

Bundesregierung von der Anwaltskanzlei Oppenhoff und Partner unter der Führung des Anwalts Lars Böttcher beraten, zu deren Großkunden u. a. ausgerechnet der Atomgigant RWE gehört.

Im Prinzip hat die Atomlobby das Gesetz also mit sich selbst ausgehandelt und dann dem Bundestag auf den Tisch gelegt. Natürlich mit einigen wenigen Zugeständnissen, die dem Deal ein Feigenblatt anheften sollen. Darum herum wurde hochtrabend ein Energiekonzept gestrickt, obwohl es im Kern doch hauptsächlich um die Verlängerung der Atomlaufzeiten ging.

Nun hätte die Stunde des Parlaments schlagen können. Die Mehrheitsfraktionen Union und FDP hätten mit Leichtigkeit das Gesetz aufhalten oder zumindest die Leidtragenden, wie die Stadtwerke und die anderen kleinen und mittleren Energieversorger, oder aber auch die Verbraucherorganisationen mit in eine Entscheidung einbinden können. Die angebliche Konsenskanzlerin wollte jedoch das umstrittene Gesetz, egal wie weitreichend es ist, aus Angst vor zu viel Widerstand schnell vom Tisch haben. Abnicken statt abwägen. Bis auf wenige Ausnahmen – zu denen immerhin der Bundestagspräsident Norbert Lammert gehört – gehorchten die Regierungsabgeordneten. Schlimmer noch, sie halfen mit, dass die Vorlagen durch den Bundestag gepeitscht und die Beratungen im Parlament zur Farce wurden. Im Umweltausschuss wurde nicht einmal die Geschäftsordnung des Bundestages eingehalten. [...]

Kompletter Text [hier](#).

Eine gekürzte Version des Textes ist am 27.1.2011 in Der Freitag (S. 11) unter dem Titel „Um Volkes Willen“ erschienen.

Wer regelmäßig über neue Einträge informiert werden möchte, kann meinen Blog abonnieren unter:

blog.marco-buelow.de